

Mobilität | Infrastruktur

Infrastruktur für die Wirtschaft in der Oberpfalz 2023

vbw

Position
Stand: Juli 2023

Die bayerische Wirtschaft



Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

Vorwort

Gute Standortbedingungen in der Oberpfalz

Unternehmen in der Oberpfalz sichern den Wohlstand vor Ort und sind oft weltweit erfolgreich. Wichtige Voraussetzungen dafür liefert eine leistungsfähige Infrastruktur, sowohl am Unternehmenssitz als auch an den Wohnorten der Mitarbeiter.

Wir brauchen einen weiteren bedarfsgerechten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, eine stabile Energieversorgung, hochleistungsfähige digitale Netze, eine gute, wohnortnahe Gesundheitsversorgung sowie hervorragende Bildungsinstitutionen und innovative Forschungseinrichtungen. Flexible Betreuungsangebote für Kinder und ältere Menschen sind in Zeiten des Arbeitskräfte- und Fachkräftemangels ebenso unerlässlich wie bedarfsgerechte Mobilitätsangebote.

Die Oberpfalz verfügt auf allen genannten Feldern über wertvolle Stärken, aber die Entwicklung von Infrastruktur ist eine Daueraufgabe. Sie muss immer dem Bedarf, den regionalen Gegebenheiten und den Interessen vor Ort Rechnung tragen. Jede Gestaltung von Infrastruktur ist in technischer, planerischer, finanzieller und in politischer Hinsicht eine Herausforderung. Um die Infrastruktur zukunftsfest aufzustellen, muss der Bedarf der Wirtschaft vor Ort berücksichtigt werden. Daraus entwickelt sich eine sinnvolle Gewichtung der Handlungsfelder und Projekte.

Als Beitrag für die politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse nennt unser aktualisiertes Positionspapier konkrete Infrastrukturprojekte, die die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in der Oberpfalz absichern und die Standortattraktivität des Regierungsbezirks stärken.

Bertram Brossardt
20. Juli 2023

Inhalt

Position auf einen Blick	3
1 Standort Oberpfalz	4
1.1 Wirtschaft und Industrie	4
1.2 Demografische Entwicklung	4
2 Mobilität	6
2.1 Straßen kapazitätsgerecht entwickeln	6
2.2 Bahnverkehr ausbauen	7
2.3 ÖPNV stärken, Wohnraumangebot verbessern	7
3 Energie	9
3.1 Netzausbau vorantreiben und Möglichkeiten zur Speicherung von Energie entwickeln	10
3.2 Dezentrale Energieversorgung ausbauen	10
4 Digitale Netze	12
4.1 Gigabitnetze flächendeckend schaffen	12
4.2 Mobilfunknetze ertüchtigen, 5G-Netze flächendeckend realisieren	13
5 Gesundheit	15
5.1 Ärzteversorgung flächendeckend erhalten	15
5.2 Krankenhausinfrastruktur bedarfsgerecht weiterentwickeln	16
5.3 Apothekennetz in der Fläche erhalten	17
5.4 Pflegelandschaft nachfragegerecht ausbauen	17
6 Wissen und Innovation	18
6.1 Flächendeckendes Angebot allgemeinbildender Schulen erhalten und berufsbildende Schulen demografiefest aufstellen.	18
6.2 Betreuungsangebote kapazitätsgerecht ausbauen	19

6.3	Hochschulen bedarfsgerecht ausbauen	19
6.4	Weiterbildung an Hochschulen ausbauen	20
6.5	Innovationsinfrastruktur und Technologietransfer fördern	20
7	E-Government	21
7.1	Umstellung auf E-Government auch für schlankere Verfahren nutzen	21
7.2	E-Government – regional und kommunal große Unterschiede	22
7.3	Erwartungen der Wirtschaft an die regionale und kommunale Ebene	23
	Anhang	24
	Ansprechpartner/Impressum	26

Position auf einen Blick

Vier Anliegen zur Infrastrukturentwicklung in der Oberpfalz

Die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Infrastruktur in der Oberpfalz ist wichtig für die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. Hierzu müssen auf vielen Infrastrukturfeldern Maßnahmen umgesetzt werden, von der Kinderbetreuung über den flächendeckenden Ausbau digitaler Netze bis hin zur Förderung von Innovationen.

Die zentralen Infrastrukturthemen des Regierungsbezirks sind

- der bedarfsgerechte Ausbau der Verkehrssysteme, insbesondere im Großraum Regensburg,
- der flächendeckende Ausbau leistungsfähiger digitaler Netze, insbesondere des Glasfasernetzes,
- die Sicherung einer bezahlbaren und nachhaltigen Energieversorgung,
- den Erhalt einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung.

Unser vorliegendes Positionspapier konzentriert sich auf konkrete Projekte und Herausforderungen auf den einzelnen Infrastrukturfeldern. Die vbw hat für alle Handlungsfelder grundlegende Positionspapiere und Studien veröffentlicht, die im Anhang aufgeführt sind.

1 Standort Oberpfalz

Wirtschaft und Demografie im Regierungsbezirk

Der Regierungsbezirk zwischen den Metropolregionen München und Nürnberg einerseits und dem Nachbarn Tschechien andererseits bietet bayernweit pro Einwohner die meisten industriellen Arbeitsplätze. Wirtschaftsschwerpunkt ist der Großraum Regensburg, in dem zahlreiche internationale Großunternehmen Betriebe unterhalten. Die mittlere und nördliche Oberpfalz ist geprägt von vielen kleinen und mittleren Industriebetrieben, die mit ihrer Innovationskraft oft eine internationale Spitzenposition einnehmen. Die Wirtschaft insgesamt ist stark exportorientiert.

Die Oberpfalz ist besonders bekannt für innovative Unternehmen, moderne Arbeitsplätze, moderate Lebenshaltungskosten im ländlichen Raum, Integrationsfähigkeit und eine gute öffentliche Sicherheit. Die Wirtschaftsstruktur des Regierungsbezirks ist vielfältig und hat sich in den letzten Jahrzehnten sehr gut entwickelt.

1.1 Wirtschaft und Industrie

Sieben Landkreise sowie die drei kreisfreien Städte Amberg, Regensburg und Weiden bieten auf einer Fläche von 9.691 km² ihren insgesamt ca. 1,2 Millionen Einwohnern mit Blick auf den Branchenmix und den Arbeitsmarkt eine ausgewogene Struktur. Der Maschinenbau, die Automobilindustrie sowie die Bauindustrie bilden wichtige Branchenschwerpunkte im Bereich des verarbeitenden Gewerbes. Die Arbeitslosigkeit lag im Jahresdurchschnitt 2022 bei 2,9 Prozent und damit unter dem bayernweiten Durchschnitt von 3,1 Prozent.

Im Jahr 2020 betrug das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 42.990 Euro, es stieg allein zwischen 2010 und 2020 um 33,1 Prozent. 59,2 Prozent der Bruttowertschöpfung wurden 2020 im Dienstleistungssektor erwirtschaftet, 39,6 Prozent im produzierenden Gewerbe – davon 31,2 Prozentpunkte in der Industrie.

1.2 Demografische Entwicklung

Die vom Bayerischen Statistischen Landesamt Anfang 2023 vorgelegte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung 2021 bis 2041 zeigt für die Oberpfalz einen positiven Trend: Bis 2041 wird mit einer Bevölkerungszunahme von knapp 87.400 (6,9 Prozent) auf knapp 1,34 Millionen Einwohner gerechnet, was insbesondere dem positiven Wanderungssaldo in allen Landkreisen und kreisfreien Städten zu verdanken ist.

Die demografischen Indikatoren geben einen wichtigen Hinweis für den Handlungsbedarf auf einzelnen Infrastrukturfeldern. Abbildung 1 zeigt die Entwicklung in den Kreisen und kreisfreien Städten.

Abbildung 1
Demografische Entwicklung der Oberpfalz 2021 bis 2041

	Bevölkerungs- entwicklung [Prozent]	Entwicklung Altenquotient [Prozentpunkte]	Entwicklung Jugendquotient [Prozentpunkte]	Entwicklung Durchschnitts- alter [Jahre]
Bayern	+5,4	+10,6	+3,0	+1,3
Oberpfalz	+3,9	+13,8	+3,7	+1,7
Amberg (S)	-1,4	+11,5	+2,0	+1,6
Regensburg (S)	+6,9	+6,5	+1,3	+1,5
Weiden/Opf. (S)	-0,5	+11,2	+4,8	+0,9
Amberg-Sulzbach	-0,1	+17,6	+5,0	+1,8
Cham	+2,7	+17,1	+3,5	+2,2
Neumarkt i.d.OPf.	+9,1	+15,9	+4,3	+2,1
Neustadt/Waldnaab	-2,2	+17,9	+5,4	+1,9
Regensburg	+6,9	+14,5	+3,3	+1,9
Schwandorf	+7,2	+13,4	+4,6	+1,5
Tirschenreuth	-4,9	+18,1	+5,9	+1,7

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik, Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung 2021 bis 2041; Zahlen zum 31.12. des jeweiligen Jahres; eigene Darstellung; (S) Kreisfreie Stadt, übrige: Landkreis.

Bis 2041 wächst das Durchschnittsalter in der Oberpfalz um 1,7 Jahre auf 46,0 Jahre. Gleichzeitig nimmt auch der Altenquotient¹ um 13,8 Prozentpunkte auf 48,3 Prozent zu. Damit geht ein zunehmender Bedarf an wohnortnaher Gesundheitsversorgung sowie stationären und ambulanten Pflegeangeboten einher.

Positiv zu bewerten ist der um 3,7 Prozentpunkte auf 33,6 Prozent steigende Jugendquotient². Der ebenfalls zunehmende Jugendquotient lässt auf einen wachsenden Bedarf an Betreuungsangeboten für Kinder in Kitas und Schule schließen.

¹ Anteil der über 64-Jährigen gemessen an der Zahl der 20- bis 64-Jährigen.

² Anteil der unter 20-Jährigen gemessen an der Zahl der 20- bis 64-Jährigen.

2 Mobilität

Mobilitätsinfrastruktur integriert und bedarfsgerecht weiterentwickeln

Die Oberpfalz ist dank ihrer zentralen Lage an die europäischen Wirtschaftsräume gut angebunden und eine Drehscheibe des internationalen Warenverkehrs. Zur Bewältigung der Verkehrsströme müssen die regionalen wie die überregionalen Verkehrswege von der Straße über die Schiene bis hin zum Luftverkehr konsequent und bedarfsgerecht ausgebaut, gut abgestimmt und vernetzt werden.

Zentrale Projekte

1. Sanierung und Erweiterung des Pfaffensteiner Tunnels (dritte Tunnelröhre)
2. Ertüchtigung und Anpassung der A 93 im gesamten Regierungsbezirk
3. Durchgehender verkehrsgerechter Ausbau (vierstreifig) der B 85 von Amberg zur Grenze nach Tschechien
4. Elektrifizierung der Bahnstrecke Regensburg – Hof

2.1 Straßen kapazitätsgerecht entwickeln

Tabelle 1 zeigt wichtige Straßenbauprojekte in Planung oder Bau sowie kürzlich beendete Projekte. Die aktuellen Straßenbauprojekte müssen zügig vorangetrieben werden.

Tabelle 1

Straßenverkehrsprojekte in Planung oder Bau

Straße	Projekt	EP	BRGV	B
A3	6-streifiger Ausbau AK Regensburg – AS Rosenhof			S Q4 2017
B8	Ortsumgehung Postbauer-Heng	S Q2 2022		
B16	3-streifiger Ausbau bei Wenzelbach			S Q3 2019
B20	4-streifiger Ausbau Cham-S – Cham-M		S Q4 2022	
	4-streifiger Ausbau LKGr - Traitsching		S Q1 2023	
B85	4-streifiger Ausbau östl. Altenkreith - westl. Wetterfeld			S Q3 2017
B299	Verlegung bei Waldsassen/Kondrau		A Q3 2021	

Quelle: Eigene Darstellung; Fortschreibung nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr. Q1 – Q4 = Quartale; A = abgeschlossen; S = gestartet. EP = Entwurfsplanung; BRGV = Baurechtl. Genehmigungsverfahren; B = Bau

Weitere Straßenverkehrsprojekte – darunter einige Ortsumgehungen (OU) – sind dringend anzugehen, die teilweise bereits im Bundesverkehrswegeplan 2030 unter „vordringlicher Bedarf“ stehen (Tabelle 2).

Tabelle 2

Weitere notwendige Straßenverkehrsprojekte für die Oberpfalz

Straße	Projekt
A3	6-streifiger Ausbau AS Nittendorf – AK Regensburg (BVWP/V)
B20	4-streifiger Ausbau Cham-M – Chameregg (BVWP/V)

Quelle: Eigene Darstellung; Fortschreibung nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr. BVWP/V = Bundesverkehrswegeplan vordringl. Bedarf.

Immer wichtiger werden eine flächendeckende Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge sowie der Aufbau von Wasserstofftankstellen, deren Ausbau jeweils voranzutreiben ist.

2.2 Bahnverkehr ausbauen

Die Bedeutung und Funktion der Oberpfalz beim Schienenverkehr entspricht derjenigen im Straßenverkehr. Auch hier führen überregional bedeutende Bahnlinien von Nord nach Süd und von Ost nach West durch die Oberpfalz. Die dringend notwendige und nachhaltig geforderte Elektrifizierung der Bahnlinie Regensburg – Hof hat nun Aussicht auf Realisierung.

Um mehr Güterverkehr auf der Schiene ohne Beeinträchtigung des Personenfernverkehrs realisieren zu können, ist die Erweiterung der zweigleisigen Bahnstrecke nach Passau unabdingbar.

Folgende Projekte sind zügig umzusetzen:

- Elektrifizierung der Bahnstrecke Hof – Regensburg.
- Mehrgleisiger Ausbau der Bahnstrecke von Nürnberg nach Passau.

2.3 ÖPNV stärken, Wohnraumangebot verbessern

Für eine gute Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen, Bildungs-, Gesundheits- und Versorgungseinrichtungen ist ein leistungsfähiger und flächendeckend koordinierter ÖPNV insbesondere im ländlichen Raum von großer Bedeutung – sowohl für Mitarbeiter*innen als auch für Schüler*innen, Senior*innen etc. Er muss als Teil eines ganzheitlichen, multi- bzw. intermodalen und modernen Mobilitätskonzepts erhalten und vor dem Hintergrund der Energiewende bedarfsgerecht ausgebaut werden. Hierzu gehört auch die Kombinationen mit neuen Antriebstechniken wie Elektromobilität und Wasserstoff und die

Schnittstellenabstimmung mit alternativen Individualverkehrsmodellen wie zum Beispiel Car-Sharing, Ruftaxen oder Mitfahrbänken. Diese sind gerade für den ländlichen Raum unerlässlich, um diesen als Lebensraum attraktiv zu machen bzw. zu erhalten.

Gleichzeitig sollte vermieden werden, dass zusätzlicher Mobilitätsbedarf alleine dadurch ausgelöst wird, dass ein bestehender Wohnraumbedarf nicht gedeckt werden kann. Das Angebot an Wohnraum ist in einigen Städten und Kommunen nicht ausreichend, wenn man als Kriterium den in § 201a Baugesetzbuch definierten „angespannter Wohnungsmarkt“ zugrunde legt. In der Oberpfalz weisen die kreisfreie Stadt Regensburg sowie Neumarkt in der Oberpfalz einen angespannten Wohnungsmarkt auf.

Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, das Angebot an Wohnraum in den betroffenen Städten zu verbessern. Der Bayerische Ministerrat hat im September 2022 die Gebietsbestimmungsverordnung Bau beschlossen. Damit soll die Schaffung von Wohnungen durch Nachverdichtung und Aufstockung von Wohngebäuden erleichtert werden, ohne dass vorher der Bebauungsplan geändert werden muss. Zur Verbesserung des Wohnraumangebots ist darüber hinaus der Ausweis zusätzlicher Baugebiete erforderlich. An den jeweiligen (Hoch-) Schulstandorten muss die Zahl an Wohnheimplätzen für Studenten und Berufsschüler ausgeweitet werden.

3 Energie

Sichere, nachhaltige und umweltverträgliche Energieversorgung schaffen

Die Energiekrise im Zuge des Russland-Ukraine-Krieges trifft Bayern mit voller Wucht. Die Preise für Erdgas und Strom sind massiv gestiegen und belasten die Unternehmen. Zusätzlich drohen vorübergehende Engpässe bei der Erdgasversorgung, wenn die Einspar- und Substitutionsbemühungen nicht ausreichend fruchten. Parallel muss die Energiewende auch am Standort Oberpfalz vorangebracht werden.

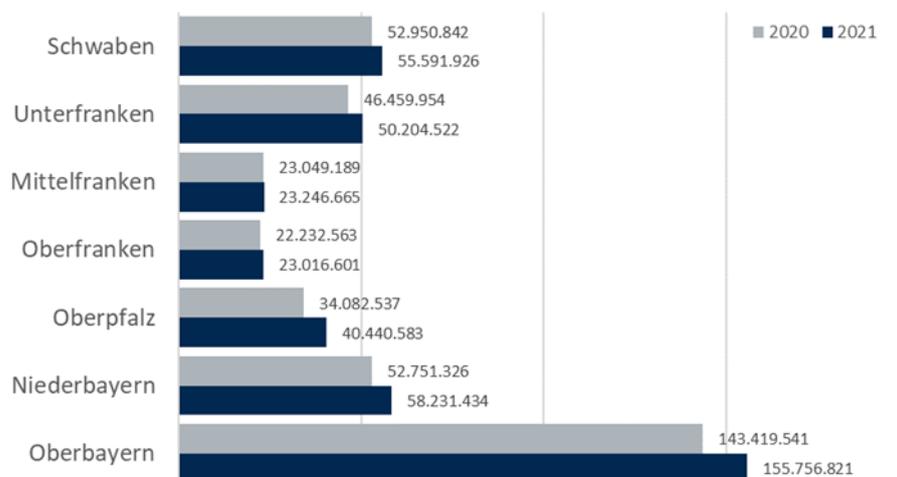
Zentrale Forderungen

1. Regionalen Energieversorgung konsequent ausbauen.
2. Netzausbau der Mittelspannungsleitungen in der Oberpfalz vorantreiben.
3. Energieerzeugung und Netzausbau koordiniert betreiben.

Der Energieverbrauch im Verarbeitenden Gewerbe (mit Bergbau) in der Oberpfalz belief sich 2021 auf ca. 40.440 Terajoule, was 9,9 Prozent des bayerischen Gesamtverbrauchs von knapp 406.500 Terajoule entspricht (Abbildung 2).

Abbildung 2

Energieverbrauch Verarbeitendes Gewerbe und Bergbau in Bayern



Quelle: Bayerisches Statistisches Landesamt; eigene Darstellung (Angaben in Tausend Gigajoule)

Energieintensiv sind v. a. die vielfältigen Industriebetriebe, die eine hohe regionalwirtschaftliche Bedeutung besitzen und tausende Arbeitsplätze sichern.

3.1 Netzausbau vorantreiben und Möglichkeiten zur Speicherung von Energie entwickeln

Folgende Aufgaben müssen abgearbeitet werden:

- Die Stromversorgung von Norden nach Süden muss durch schnellstmögliche Realisierung des Sued-Ost-Links sichergestellt werden.
- Die Mittelspannungsleitungen und die regionalen Niederspannungsleitungen in der Oberpfalz sind für die dezentrale Energieversorgung auszubauen und aufzurüsten.
- Das Stromnetz muss insgesamt zu einem intelligenten, zur Verbrauchssteuerung fähigem Netz weiterentwickelt werden.
- Aufbau einer Wasserstoff-Infrastruktur (Erzeugung und Transport) für eine regionale grüne Wasserstoffwirtschaft
- Etablierung intelligenter Energienetzwerke und Netzplattformen
- Neue Technologien, z. B. Power to Gas, realisieren.

3.2 Dezentrale Energieversorgung ausbauen

Die Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien hat in der Oberpfalz zugenommen – insbesondere bei Photovoltaik. Damit ist der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch in der Oberpfalz auf 53 Prozent (31. Dezember 2021) angestiegen. Die Entwicklung bei den einzelnen Energieträgern ist aus der nachfolgenden Tabelle abzulesen.

Tabelle 3

Ausbau der erneuerbaren Energien in der Oberpfalz

	Anlagen 31.12.2021	Anlagen 31.12.2016	Installierte Leistung 31.12.2021	Installierte Leistung 31.12.2016
Windenergie*	133	123	309 MW	278 MW
Photovoltaik	Dach: 77.669 Frei: 294	61.000	Dach: 1.299 MWp Frei: 660 MWp"	1.240 MWp
Biomasse	483	480	264 MW	197 MW
Wasserkraft	672	677	71,4 MW	76 MW

Quelle: Energie-Atlas Bayern, Bayerisches Landesamt für Umwelt.

* Anlagen mit mehr als 70 kW; Photovoltaik: Dach = Dachflächen, Frei = Freiflächen.

Energie

Folgende Aufgaben sind mit Nachdruck zu verfolgen:

- Ausweisung weiterer Flächen für Photovoltaik- und Windkraftanlagen
- Nutzung und Umsetzung der Erkenntnisse aus bestehenden Solar-Parks für die Errichtung weiterer Anlagen
- Weiterer Ausbau der Windenergie an geeigneten Standorten in der Oberpfalz
- Bau weiterer regionaler Biogasanlagen mit Abwärme-Nutzung
- Potenziale bei der Biomethanproduktion heben
- Nutzung der Rohstoffreserve Holz (z. B. in Energiegenossenschaften für Bäder, Schulen, Behörden, Innenstadtgebiete, Kaskadennutzung)
- Modernisierung bestehender Wasserkraftanlagen, Suche und Entwicklung neuer Standorte.

4 Digitale Netze

Flächendeckenden Ausbau von Gigabitnetze und 5G-Mobilfunk in den Kommunen konstruktiv begleiten

Die vbw tritt gegenüber Bund und Freistaat für weiterhin ehrgeizige Ausbauziele für die digitalen Netze, effiziente Förderpolitik, schnelle und einfache Genehmigungsverfahren und Bauprozesse sowie Werbung für mehr Akzeptanz von Mobilfunkanlagen ein. Im Jahr 2025 sollte Bayern mit Glasfaser und 5G Mobilfunk erschlossen sein. Die kommunale Ebene hat dabei sowohl beim Umgang mit Fördermöglichkeiten als auch bei Genehmigungsprozessen eine Schlüsselrolle.

Digitale Netze – zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

1. Notwendige Genehmigung für Glasfaserleitungen und Mobilfunkmasten rasch erteilen, bei Problemen betreiberfreundlich vorgehen,
 2. Fördermöglichkeiten zum Ausbau der Glasfaser- und 5G-Infrastruktur konsequent zu nutzen,
 3. Insbesondere auch auf Glasfaseranschlüssen für Unternehmen achten,
 4. Bürgerbedenken gegen den Ausbau vor allem der Mobilfunknetze und unter Einbindung der an den Netzen interessierten Bürgerschaft aufklärend entgegenzutreten.
-

4.1 Gigabitnetze flächendeckend schaffen

Die vbw hat den Ausbaustand des digitalen Festnetzes in Bayern mit einem Update der Studie *Versorgungsgrad der digitalen Infrastruktur in Bayern* zuletzt für das Jahr 2022 untersucht. Leider war – und ist bis heute – der dazu vom Bund zur Verfügung gestellte Datenstand unzureichend: Der Versorgungsgrad wird aufgrund nicht gemeldeter Daten deutlich unterzeichnet. Generell lässt sich sagen: Die Netze machen sichtlich Fortschritte, Bayern und seine Regionen – stehen im Bundesvergleich gut da. Allerdings haben die halbstädtischen ebenso wie die ländlichen Räume gegenüber den Städten nach wie vor deutlich aufzuholen, die Anbindung von Gewerbegebieten liegt spürbar unter der von Haushalten, und bis zu einer flächendeckenden Erschließung mit Glasfaser ist noch ein weiter Weg zurückzulegen.

Angesichts der schlechten Datenlage ist eine Darstellung der Versorgungslage auf regionaler Ebene nicht möglich. Allerdings kann trotz großer Unterschiede zwischen einzelnen Kommunen davon ausgegangen werden, dass die oben zusammengefassten Ergebnisse für jeden Regierungsbezirk Bayerns zutreffen.

Die Ausbaufortschritte der letzten wie auch der nächsten Jahre stützen sich einerseits auf den laufenden marktgetriebenen Ausbau durch die Netzbetreiber, andererseits auf durch die Kommunen abgewickelte Ausbauförderung des Freistaates Bayern und des Bundes. Tabelle 4 zeigt auf, wie stark die Kommunen der Oberpfalz dabei auf die bayerische Gigabit-Förderung setzen.

Tabelle 4
Aktivitäten oberpfälzischer Kommunen im Gigabit-Förderprogramm

	Im Verfahren, davon →	Bestandsaufnahme	Auswahlverfahren	Zuwendungsbescheid	In Betrieb
01.01.2021	31	28	2	4	0
01.01.2022	116	85	27	4	1
04.08.2022	166	124	30	12	1
17.05.2023	189	119	31	38	1

Quelle: Bayerisches Breitbandzentrum (2022), Datenstand: 17.05.2023;
 22 Kommunen haben Verfahren ausgesetzt, in der Regel da Betreiber eigenwirtschaftlich ausbauen oder da andere Förderinstrumente für die Kommune attraktiver waren.

Die Bundesregierung sieht eine vollständige Erschließung mit Glasfaser in der Fläche für das Jahr 2030 vor. Die Oberpfalz und ihre Kommunen sollten darauf abstellen, dieses Ziel schon 2025 zu erreichen und insbesondere Unternehmen schnellstmöglich an das Glasfasernetz anzubinden. Dazu muss kommunales Engagement in der Glasfaserförderung das marktgetragene Geschehen weiter überall dort ergänzen, wo es an Grenzen stößt oder notwendigen Ausbau zu lange nicht darstellen kann.

Die Förderprogramme von Freistaat und Bund und die beratende Unterstützung des bayerischen Breitbandzentrums ermöglichen es den Kommunen, diesen Beitrag mit überschaubarem Aufwand zu erbringen.

4.2 Mobilfunknetze ertüchtigen, 5G-Netze flächendeckend realisieren

Die vbw *Studie Versorgungsgrad der digitalen Infrastruktur* (Januar 2023) zeigt, dass die LTE-Empfangsqualität in vielen Teilen der Oberpfalz gut ist und auch das Mobilfunknetz der 5. Generation (5G) Fortschritte macht. Nach wie vor gibt es jedoch Regionen mit weißen bzw. grauen Flecken, also unzureichender Mobilfunkversorgung.

Die Bayerische Staatsregierung hat Ende 2018 ein Mastenförderprogramm gestartet, das Kommunen und Netzbetreiber beim Ausbau der Mobilfunknetze vor Ort unterstützt, wenn

Digitale Netze

aufgrund mangelnder Wirtschaftlichkeit bisher keine hinreichende Versorgung besteht. Bis zum 06. Mai 2023 haben 92 Gemeinden einen Förderbescheid erhalten. Auf die Oberpfalz entfallen 23, also genau ein Viertel. Dieses Engagement ist ein wichtiger Beitrag zur Schließung von Lücken im Mobilfunknetz und muss rasch vorangetrieben werden.

Das Mastenförderprogramm kann allerdings nur in sehr speziellen Konstellationen zur Anwendung kommen. Vielfach geht es bei Lückenschlüssen im Netz nicht um Förderung, sondern um die Genehmigung von Standorten für Masten durch Kommunen. Soweit solche Genehmigungen erforderlich sind, stehen Kommunen in der Verantwortung, sie auch schnell und verlässlich zu erteilen. Bürgerbedenken, die immer wieder Zubauvorhaben im Wege stehen, sollte über die bayernweite Kampagne *Bayern spricht über 5G* des bayerischen Wirtschaftsministeriums hinaus auch mit zusätzlicher Aufklärung vor Ort begegnet werden.

Ziel muss es sein, das 5G-Netz in jeder Region Bayerns möglichst schnell flächendeckend auszurollen, insbesondere auch an Verkehrswegen. Im Jahr 2025 sollten Netzlücken der absolute Ausnahmefall sein und nur noch dort auftreten, wo objektive Gründe einem Ausbau bisher entgegenstanden. Positiv ist insofern auch die geplante Änderung der Bayerischen Bauordnung zu werten, durch die der Bau von neuen Mobilfunkmasten einfacher werden soll.

5 Gesundheit

Qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung und Pflege sicherstellen

Die mittlere und nördliche Oberpfalz weist außer den Zentren Neumarkt, Amberg und Weiden eine stark in die Fläche gehende Besiedlung auf. Die wohnortnahe Erreichbarkeit von Ärzten, Apotheken und Pflegeeinrichtungen ist ein entscheidender Faktor für die Zukunftsfähigkeit dieser Siedlungsräume und der Wirtschaftsstandorte.

Zentrale Projekte

1. Schaffung von Anreizsystemen, die der Schließung von Arztpraxen im ländlichen Raum entgegenwirken.
 2. Entwicklung von Weiterbildungskonzepten für Allgemeinmediziner, um jungen Hausärzten nach der Familienpause den Wiedereinstieg und Weiterbildung zu ermöglichen.
 3. Angebote zur stationären und ambulanten Pflege bedarfsgerecht ausbauen.
-

5.1 Ärzteversorgung flächendeckend erhalten

Die flächendeckende medizinische Versorgung durch Ärzte ist ein wesentlicher Eckpfeiler der Gesundheitsinfrastruktur.

Versorgungsgrad und Bedarfsplanung

Maßgeblich zur Beurteilung der Ärzteversorgung je Arztgruppe ist der Versorgungsgrad. Liegt dieser in einer Region bei 100 Prozent, entspricht die tatsächliche Anzahl der dort tätigen Ärzte bzw. Psychotherapeuten der laut Bedarfsplanung der Kassenärztlichen Vereinigung Bayern benötigten Anzahl.

In der nachfolgenden Tabelle ist für ausgewählte Arztgruppen dargestellt, dass insbesondere in Tirschenreuth ein niedriger Versorgungsgrad (unter 90 Prozent) bei Haus- und HNO-Ärzten vorliegt und somit Handlungsbedarf besteht. Darüber hinaus bildet die Tabelle die demografische Situation in den Arztgruppen ab, die sich insgesamt im Bereich des bayernweiten Durchschnitts bewegt. Angesichts der demografischen Gesamtentwicklung ist davon auszugehen, dass im nächsten Jahrzehnt eine große Anzahl von Ärzten aus Altersgründen nicht mehr praktizieren wird. Hier muss dafür gesorgt werden, dass die aktuell akzeptable Versorgung erhalten werden kann.

Tabelle 5

Ausgewählte Kennzahlen zur Ärzteversorgung

	Durchschnitts- alter	Ärzte über 60	Gebiete mit niedrigem Versorgungsgrad*
Hausärzte	53,9 Jahre [55,2 Jahre]	33,3 Prozent [35,7 Prozent]	Tirschenreuth (82,5 Prozent) Vilseck (88,4 Prozent)
Kinder-, Jugendärzte	50,6 Jahre [52,6 Jahre]	18,3 Prozent [26,1 Prozent]	LK Cham (89,4 Prozent)
HNO-Ärzte	53,1 Jahre [53,4 Jahre]	34,6 Prozent [33,6 Prozent]	Kreisregion Weiden/Opf., Neustadt an der Waldnaab (89,9 Prozent) LK Tirschenreuth (42,6 Prozent)
Augenärzte	52,7 Jahre [53,0 Jahre]	29,5 Prozent [33,0 Prozent]	LK Tirschenreuth (88,6 Prozent)

Quelle: Eigene Darstellung; KVB-Versorgungsatlanten (Stand: Januar 2023).

In eckigen Klammern jeweils die Durchschnittswerte für Bayern.

* Bei Fachärzten entspricht das Versorgungsgebiet den Landkreisgrenzen, bei Hausärzten handelt es sich um spezifische, kleinteiligere Versorgungsgebiete.

Der Bedarf an ärztlicher Versorgung in der Fläche ist durch folgende Maßnahmen sicherzustellen:

- Anreizsysteme schaffen, die der Schließung von Arztpraxen im ländlichen Raum entgegenwirken
- gemeinsame Arztpraxen sowie kommunale und private Ärztehäuser als Gemeinschaftseinrichtungen unterstützen
- Weiterbildungskonzepte für Allgemeinmediziner entwickeln, um jungen Hausärzten nach der Familienpause Wiedereinstieg und Weiterbildung zu ermöglichen
- Digitalisierung der Angebots- und Abrechnungsvorgänge.

5.2 Krankenhausinfrastruktur bedarfsgerecht weiterentwickeln

Eine gute Krankenhausinfrastruktur ist das Rückgrat der medizinischen Versorgung. Die unterschiedlichen Versorgungstufen der einzelnen Krankenhäuser sichern eine qualitativ gute stationäre Versorgung in der Oberpfalz. Die aktuelle Bettenzahl deckt den Bedarf. Die laufende Veränderung der Rahmenbedingungen wie z. B. der medizinisch-technische Fortschritt, Änderungen im Fachrichtungsspektrum, neue ambulant durchführbare Behandlungsmöglichkeiten sowie demografische Entwicklungen erfordern eine kontinuierliche Überprüfung und Anpassung der Krankenhauslandschaft in der Oberpfalz. Dies gilt auch für Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, deren Bedarf in jedem Fall steigen wird.

5.3 Apothekennetz in der Fläche erhalten

Insgesamt ist die flächendeckende Versorgung gegeben. Je 100.000 Einwohner gibt es 22,7 Apotheken in der Oberpfalz. Das liegt im Bereich des bayernweiten Durchschnitts von 22,3 Apotheken. Die aktuelle Verteilung der Standorte gewährleistet i. d. R. akzeptable Anfahrtswege. Gerade in der ländlich geprägten und vom demografischen Wandel besonders betroffenen Region gilt es, dieses Angebot weiter aufrecht zu erhalten.

Allerdings wird die bedarfsgerechte flächendeckende Ausstattung in den nächsten 20 Jahren insbesondere in den ländlichen Räumen zur Herausforderung. Gründe sind u. a. Probleme bei der Gewinnung von Berufsnachwuchs und Inhaber-Nachfolgern sowie der Rückgang der Zahl an niedergelassenen Ärzten. Allerdings wird die bedarfsgerechte flächendeckende Ausstattung in den nächsten 20 Jahren insbesondere in den ländlichen Räumen zur Herausforderung. Hier gilt es, Engpässe zu vermeiden und die Versorgung auch in den ländlichen Regionen durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen:

- Schaffung von Anreizsystemen, die der Schließung von Apotheken im ländlichen Raum entgegenwirken
- Mobile Apotheken beziehungsweise Fahrdienste von Apotheken.

5.4 Pflegelandschaft nachfragegerecht ausbauen

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein zentrales Anliegen der Arbeitsmarktpolitik. Der in der Oberpfalz bis 2040 mit 47,5 Prozent stark zunehmende Altersquotient (Kapitel 1.2) wird auch die Nachfrage nach Pflegeangeboten deutlich steigen lassen. Um Berufstätige bei der Pflege von Angehörigen zu entlasten, müssen die Angebote zu Betreuung und Pflege ausgebaut werden. Mit der Verbesserung der Pflegeinfrastruktur sind folgende Maßnahmen verknüpft:

- Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufs,
- Erstellung von Konzepten zur wohnortnahen Unterbringung von Angehörigen in Betreuungseinrichtungen,
- Vorhaltung von Angeboten für flächendeckende Kurzzeitpflege und Tagespflege in bevölkerungsschwachen Regionen, insbesondere an Tagesrandzeiten und Wochenenden,
- Begleitung privater Investitionen in den demografiegerechten Ausbau von Pflegeeinrichtungen durch die Kommunen,
- Erleichterung für Arbeitnehmer im Umgang mit der Pflegebedürftigkeit von Familienangehörigen durch Kooperation von Pflegeeinrichtungen und Arbeitgebern,
- Erstellung von Konzepten zur Förderung der Laienpflege.

6 Wissen und Innovation

Wissensinfrastruktur ausbauen, Bildungsinfrastruktur stärken

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist in der Oberpfalz zu einem zentralen Anliegen der Arbeitsmarktpolitik geworden. Notwendig sind ausreichende und hochwertige Möglichkeiten zur Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen, um für Angehörige den Zugang zum Arbeitsmarkt weiter zu verbessern.

Gerade mit ihren vielen Hidden Champions benötigt die oberpfälzer Wirtschaft qualifizierte Fachkräfte und einen direkten Zugang zu Ergebnissen der Forschung. Diese Unternehmen stehen aber teilweise nicht in regelmäßigem Kontakt zu Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Für sie ist ein direkter und unbürokratischer Zugang zu den Hochschulen vor Ort und auch zu überregionalen Einrichtungen, also den Forschungskapazitäten an anderen bayerischen Standorten, wichtig, um innovative Ideen zu entwickeln und zu realisieren.

Zentrale Anliegen

1. Digitalisierung an Schulen weiter vorantreiben.
 2. Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten bedarfsgerecht entwickeln.
 3. Zugang der Unternehmen zu Hochschulen und Universitäten verbessern.
 4. Wissenschaftliche Weiterbildung an Universitäten und Hochschulen stärken.
-

6.1 Flächendeckendes Angebot allgemeinbildender Schulen erhalten und berufsbildende Schulen demografiefest aufstellen.

Allgemein muss das deutsche und bayerische Bildungssystem von der Vorschule und Schule über die berufliche Bildung bis hin zur Weiterbildung und Hochschule ständig fortentwickelt, die Bildungsqualität weiter verbessert und die Bildungsbeteiligung erhöht werden. Gerade im ländlichen Raum der Oberpfalz geht es neben Vielfalt und Qualität der Bildungsangebote insbesondere um flexible Öffnungszeiten, ganztägige Betreuung und rhythmisierte Ganztagsangebote über alle Schulformen hinweg. Dabei erzeugt der demografische Wandel einen besonderen Anpassungsdruck, dem durch flexible Instrumente, wie z. B. Schulkooperationen oder jahrgangsgemischte Klassen, entgegnet werden kann. Ziel muss es bleiben, wohnortnahe Schulangebote in der Fläche zu erhalten.

Angesichts des raschen technologieinduzierten Wandels ist die technikoffene und branchenspezifische Weiterentwicklung der Ausbildungsordnungen und Anpassung an die Anforderungen der digitalen Transformation erforderlich.

Dazu muss die Digitalisierung an allen Schulformen weiter vorangetrieben und das Netzwerk zwischen Schulen und Wirtschaft intensiviert werden. Um die Entwicklung digitaler Kompetenzen der Schüler zu stärken, muss die Qualifizierung der Lehrkräfte im Bereich der digitalen Bildung vom Studium über das Referendariat bis zur Fortbildung phasenübergreifend umgesetzt und Konzepte für einen erfolgreichen digital Unterricht verstärkt entwickelt werden. Ziel ist es, dass junge Menschen frühzeitig und kontinuierlich Kompetenzen entwickeln, die es ihnen ermöglichen, in einer sich dynamisch entwickelnden Lebens- und Arbeitswelt bestehen zu können und erfolgreich zu sein.

6.2 Betreuungsangebote kapazitätsgerecht ausbauen

Eine bedarfsgerechte Betreuung für Kinder ist für die Attraktivität der mittleren und nördlichen Oberpfalz als Lebensraum für junge Familien sehr wichtig. Es bedarf hier eigener Angebote von Freistaat und Kommunen ebenso wie einer angemessenen Unterstützung privater Initiativen und flexibler Kooperationen zwischen Betreuungseinrichtungen und Unternehmen. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern, sind folgende Aufgaben anzugehen:

- Bedarfsgerechter Entwicklung von Ganztagsbetreuungsangeboten in allen Regionen
- Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren – vor allem in den ländlichen Regionen
- Beseitigung von Betreuungsengpässen in folgenden Zeiträumen, orientiert an den Arbeitsverpflichtungen der Eltern:
 - Tagesrandzeiten und Wochenenden (entscheidend vor allem für Beschäftigte in den Bereichen Dienstleistung, Pflege, Gastronomie)
 - Schulferien (betrifft überwiegend Angebote außerhalb der Kindertagesstätten)
 - Schließtage in Kinderkrippen und Kindertagesstätten.

6.3 Hochschulen bedarfsgerecht ausbauen

Hochschulen bilden die akademischen Nachwuchskräfte für die Unternehmen aus. Sie leisten damit einen elementaren Beitrag, die globale Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft zu stärken. Gerade die Unternehmen in der Oberpfalz befinden sich mit ihrer geografischen Randlage bei der Suche nach Spitzenkräften im Nachteil. Für ihre technologische Entwicklung sind sie wie alle Unternehmen auf hervorragend ausgebildete Hochschulabsolventen angewiesen. Die 1993 geschaffenen OTH in Regensburg und Amberg-Weiden haben der Oberpfalz einen starken Impuls gegeben und spielen bei der regionalen akademischen Bildung eine entscheidende Rolle.

Damit Wirtschaft und Wissenschaft innovationsfähig bleiben, ist es notwendig, dass Unternehmen und Hochschulen ihr Wissen und ihre Bedarfe eng vernetzen. Folgende Maßnahmen sind erforderlich:

- weiterer Ausbau der OTH Regensburg und Amberg-Weiden,

- Ausbau des Angebots an dualen und berufsbegleitenden Studiengängen, vor allem im MINT-Bereich,
- Vorbereitung aller Studierender auf den Arbeitsmarkt durch Praxisphasen in den Studiengängen,
- Aus- und Weiterbildung der Lehrenden im Hinblick auf die digitale Transformation weiterentwickeln, Vernetzung mit der Wirtschaft fördern,
- Implementierung verpflichtender Praxissemester möglichst bei allen Studiengängen, beginnend mit dem Bachelor-Studium.

6.4 Weiterbildung an Hochschulen ausbauen

Aus Sicht der Oberpfälzer Wirtschaft ist es unerlässlich, dass die Hochschulen neuen Zielgruppen, wie zum Beispiel beruflich Qualifizierten, die Möglichkeit eröffnen, sich akademisch weiterzubilden. Der Anteil der Studierenden mit beruflicher Vorqualifikation, wie Meistern oder Fachkräften mit dreijähriger Berufserfahrung, ist deutlich auszubauen. Vermehrte Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sind hierbei anzustreben. Darüber hinaus gilt es, die Anstrengungen weiter zu verstärken und neue Aufgaben anzugehen:

- Ausbau der Weiterbildungsangebote im technisch-ingenieurwissenschaftlichen Bereich an den Universitäten und Hochschulen
- Weiterbildungsangebote auf Zertifikatsebene umsetzen
- Angebot an berufsbegleitenden Studiengängen ausbauen
- Duale Studiengänge ausbauen.

6.5 Innovationsinfrastruktur und Technologietransfer fördern

In den letzten Jahren sind in der Oberpfalz eine Reihe von Forschungseinrichtungen neu angesiedelt oder erweitert worden. Mit vielen der hier umgesetzten Projekten werden konkrete Forderungen der vbw erfüllt. Dies hat den Forschungs- und Innovationsstandort Oberpfalz deutlich vorangebracht.

Die digitalen Gründerzentren in Regensburg, Schwandorf und Weiden müssen plangemäß auf- und ausgebaut werden.

7 E-Government

E-Government-Leistungen in die Fläche tragen

Zentrale Anliegen an die regionale und kommunale Ebene

1. Verfügbare E-Governmentlösungen umgehend einsetzen
 2. Eigenes Ortsrecht digital umsetzen
 3. Register für automatisierten Zugang öffnen
 4. Für Unternehmen wichtige Verfahren bei der Digitalisierung priorisieren
-

7.1 Umstellung auf E-Government auch für schlankere Verfahren nutzen

Ein zentrales Anliegen an den modernen Staat ist der Abbau bürokratischer Hürden für unternehmerisches Handeln. Verwaltungsprozesse müssen vor allem für Unternehmen deutlich schneller und flexibler werden, die Serviceorientierung der Verwaltung muss ausgebaut werden.

Anforderungen von Unternehmen an die Entwicklung von E-Government

Grundlegendes

- Einfacher Zugang zu und schnelle Abwicklung von digitalen Verwaltungsleistungen
- Digitaler Austausch bidirektional, maschinell verarbeitbar
- Datensicherheit und digitale Authentifizierung

Komplexe Services: Prioritäten

- Digitales Postfach mit Nutzungsrechten; Rechtemanagement mit Einbeziehung von Dienstleistern
- Verknüpfung Postfach ↔ interne IT-Systeme
- Effizienzpotenzial auch in und zwischen Unternehmen heben
- Once Only-Prinzip: öffentlich bereits vorhandene Daten automatisiert einbinden

Digital-Check für neues und aktuelles Recht

- Wo nötig Digitalisierbarkeit der Verfahren herstellen, etwa durch Wegfall von Schriftformerfordernissen oder unlogischen Anforderungen

Lösungen für Unternehmen priorisieren

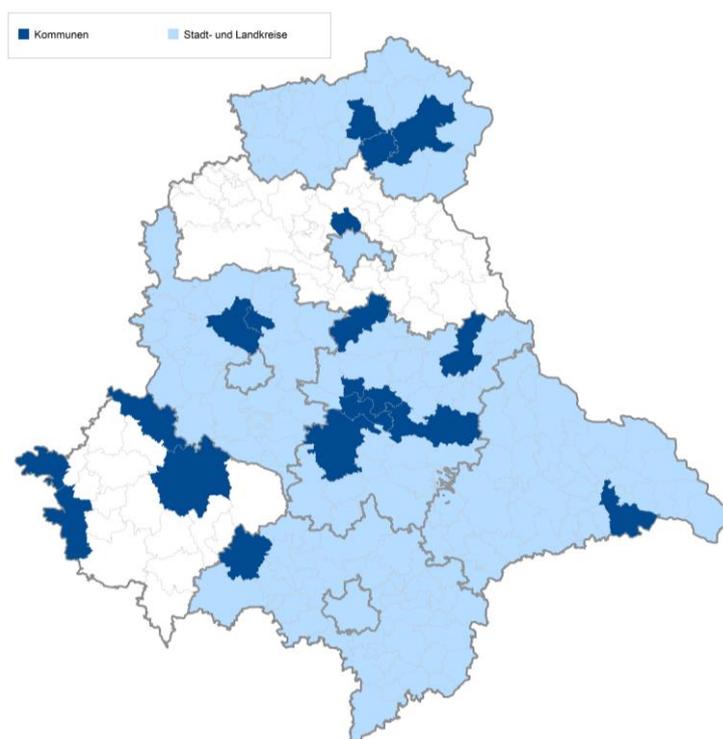
Einen wesentlichen Beitrag dazu kann und muss E-Government leisten. Es geht dabei um weit mehr als nur die medienbruchfreie digitale Umsetzung bestehender Verwaltungsverfahren. Verantwortliche in Behörden und Unternehmen müssen durch deutlich weitergehende Schritte Zeit für nicht automatisierbare Tätigkeiten gewinnen. Im Zuge des Umstiegs auf digitale Verfahren gilt es zudem, rechtliche Vorgaben und die Verfahren selbst einfacher zu gestalten.

7.2 E-Government – regional und kommunal große Unterschiede

Die vorbereitenden Leistungen für deutschlandweit kompatible E-Governmentangebote müssen Bund und Länder verantworten. Es geht vor allem um gemeinsame Standards und Schnittstellen, einheitliche oder zumindest kompatible Programme und Plattformen, darunter auch das oben genannte Postfach, und um digitale Authentifizierungstools.

Abbildung 3

Digitale Ämter – Kommunen, Stadt- und Landkreise in der Oberpfalz



Quelle: Eigene Darstellung; nach Angaben aus dem Bayern-Portal.

Die regionale und kommunale Ebene ist vor allem als Anwender gefragt. Hier bewegt sich schon viel, allerdings zeigt Abbildung 3 auch große Unterschiede auf, die deutlich machen: Es ginge schon mehr, man muss es allerdings auch umsetzen.

Abbildung 3 zeigt die Kommunen, Stadt- und Landkreise in der Oberpfalz, denen der Freistaat Bayern bereits die Auszeichnung „Digitales Amt“ verliehen hat. Sie alle haben bereits mindestens 50 zentrale bzw. kommunale Online-Verfahren über das Bayern-Portal verlinkt. In der Oberpfalz besteht noch in vielen Kommunen Nachholbedarf sowie in zwei Landkreisen.

Dieser Weg muss weiter gegangen werden, bis jede Leistung, die sich digital anbieten lässt, auch überall entsprechend angeboten wird.

7.3 Erwartungen der Wirtschaft an die regionale und kommunale Ebene

Vor diesem Hintergrund ergeben sich aus Sicht der Wirtschaft für die regionale und kommunale Entwicklung von E-Government klare Prioritäten:

Erstens gilt es, schon einführbare Lösungen für E-Government flächendeckend einzusetzen und neue Lösungen dann, wenn sie verfügbar sind, umgehend einzuführen. Beispiele dafür sind

- als verfügbare Lösungen die Bauplanung und -genehmigung, das Angebot, Rechnungen an die Verwaltung als E-Rechnungen auszustellen oder der gerade eingeführte elektronische Gewerbesteuerbescheid,
- als hoffentlich bald verfügbare Lösungen ein elektronischer Grundsteuerbescheid, Eintragungen, Änderungen und Löschung im Grundbuch oder die weitestgehend automatisierte Genehmigung vorübergehender Baustelleneinrichtung im öffentlichen Raum

Zweitens gilt es, in allen kommunalen Gebietskörperschaften auch das eigene Ortsrecht auf Digitalisierbarkeit zu überprüfen, ggf. daraufhin anzupassen und dann ebenfalls in elektronische Lösungen umzusetzen.

Drittens sollten auch kommunale Register für automatisierten digitalen Zugriff geöffnet werden, sobald dafür im Zuge der Umsetzung des Registermodernisierungsgesetzes die notwendigen Formate / Schnittstellen verfügbar gemacht wurden.

Viertens gilt es auch auf kommunaler Ebene, vorrangig Verfahren anzugehen, deren Digitalisierung den Unternehmen Hindernisse aus dem Weg räumt.

Anhang

Energie

- vbw Position *Versorgungssicherheit für Bayern*, November 2022
- vbw Position *Aufbau der Wasserstoffwirtschaft*, Mai 2023
- vbw Position *Digitalisierung der Energiewirtschaft*, April 2023
- Studie *Folgen einer Lieferunterbrechung von russischem Gas für die deutsche Industrie*, Juni 2022
- Studie *Strompreisprognose*, Juli 2023
- Studie *Monitoring der deutschen Gasbilanz*, September bis Juni 2023
- Studie *Monitoring der deutschen Gasbilanz – Auswirkungen auf die Industrie*, November 2022
- Studie *11. Monitoring der Energiewende*, Januar 2023
- Studie *Bayernplan Energie 2040*, April 2023 (Kooperation mit VBEW)

Klima

- Studie *Mehrinvestitionen für Klimaschutz in Bayern*, August 2022
- Studie *Klimapolitik nach Sharm El Sheikh*, Dezember 2022
- vbw Position *Klimapolitik*, Mai 2023

Mobilität

- vbw Position *Mobilitätssystem für morgen – leistungsfähig, intermodal, digital*, Juli 2020
- vbw Position *Luftverkehr – fit für die Zukunft*, Mai 2022
- vbw Position *Moderne Verkehrsinfrastruktur*, Januar 2023

Bildung und Innovation

- vbw Position *Vorschule und Schule*, Dezember 2022
- vbw Position *Hochschulen*, Dezember 2022
- vbw Position *Berufliche Bildung*, Oktober 2022
- vbw Position *Betriebliche Weiterbildung*, Oktober 2022
- *Zukunftsrat der Bayerischen Wirtschaft TechCheck 2019. Technologien für den Menschen, Handlungsempfehlungen*, Juli 2019

Digitale Netze und E-Government

- vbw Position *Digitale Netze*, Januar 2023
- vbw Studie *Breitbandbedarf der bayerischen Unternehmen*, Januar 2023
- vbw Studie *Versorgungsgrad der digitalen Infrastruktur in Bayern*, Januar 2023
- vbw Studie *Förderung von Gigabitnetzen*, Juni 2022
- vbw Position *Der digitale Freistaat*, November 2022
- vbw Studie *Das digitale Festnetz in Bayerns Regionen 2021*, August 2022
- vbw Position *Der digitale Freistaat*, November 2022

Gesundheit und Pflege

- vbw Position *Leitlinie für ein Gesundheitssystem der Zukunft*, Mai 2023
- vbw Studie *Gesundheit und Medizin – Herausforderungen und Chancen*, Juli 2018
- Zukunftsrat der Bayerischen Wirtschaft: *Gesundheit und Medizin – Herausforderungen und Chancen – Analyse und Handlungsempfehlungen*, Juli 2018

Ansprechpartner/Impressum

Hermann Brandl

Geschäftsführer
Bezirksgruppe Oberpfalz
vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Telefon 0941 595-7315
hermann.brandl@vbw-bayern.de

Volker M. Schilling

Abteilung Wirtschaftspolitik
vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Telefon 089 551 78-268
volker.schilling@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw
Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw Juli 2023